

Europa, Skepsis und Empörung. - In: C. Hell/P.Petzel/ K. Wenzel (Hg.), Glaube und Skepsis. Beiträge zur Religionsphilosophie Heinz Robert Schlettens. Mainz. 94-106

Wer sich in diesen Juni-Tagen 2011 als Autor unglücklich machen will, muß sich „Europa“ zum Thema wählen. Auch diese Darstellung hier wird deshalb nur vorläufig sein können. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht mindestens das notwenige Ende des Euro, der bald folgende Zusammenbruch der Union und die unvermeidliche Renaissance der Nationalstaaten ausgerufen werden. Jedenfalls scheinen sich Berufene und mehr noch Unberufene darin einig, daß immer mehr Menschen die Europäische Union ablehnen und das ganze Konzept „Europa“ in der schwersten Bestandskrise seit Beginn in den fünfziger Jahren stecke. Das Beispiel Griechenlands dient aktuell als Menetekel für eine mögliche Kettenreaktion, die in einer abermaligen weltweiten Finanzkrise explodieren könnte.

Griechenland

Mit großem Aufwand und unter massivem internationalen Druck hat das griechische Parlament die Sparauflagen ratifiziert, von deren Verabschiedung die zig-Milliarden an Hilfgeldern und Krediten der EU, des IWF und privater Banken abhängig gemacht worden waren. Die äußerst rigiden Sparmaßnahmen lösten begreiflicherweise lauten Unmut und Protest in der Bevölkerung, bisweilen auch radikalisierten Krawall aus. Es war so auch kaum Enthusiasmus für Europa, der die hellenischen Parlamentarier bei der Abstimmung beflügelte, und sowohl Volkes Stimme als auch ein großer Teil der nationalen Medien lassen an Brüssel, Berlin oder Paris kaum ein gutes Haar. Wie gewisse wirkliche oder selbsternannte Finanzexperten hierzulande sympathisieren auch manche Griechen mit der Idee, aus dem Euro-Verbund auszuscheren und wieder zur Drachme zurückzukehren; dann könnte man wie in früheren Zeiten wieder durch periodische Abwertungen die internationalen Schulden verringern und durch Gelddrucken den Haushalt sanieren.

Natürlich muß man nicht sehr viel mehr als einen schlichten Kaufmannsverstand haben, um zu wissen, daß damit nichts gelöst, sondern bestenfalls nur eine Pause ermöglicht und der Kassensturz bloß auf später verschoben wird. Es scheint, daß Griechenland da nur einen besonders heiklen Fall bildet und solche Augenwischerei sich auch in anderen (süd-)europäischen Mitgliedsländern der EU einiger Beliebtheit erfreut hat. Die Brüsseler Eurokraten wissen ein Lied davon zu singen, wie beispielsweise jahrelang hohe Subventionen für Oliven-Anbau, der nur auf dem Papier existierte, ergaunert wurden.

Bereits bei der Aufnahme Griechenlands in die Europäische Union vor dreißig Jahren war jedem, der es in Brüssel oder andernorts wissen wollte, bekannt,

daß die griechische Regierung geschönte, also: gefälschte Budget-Zahlen lieferte; es hat die EU-Patrons nicht daran gehindert, Griechenland auch in die Euro- Währungsunion aufzunehmen. Die Strafe dafür folgt nun auf dem Fuße, nicht unverdient; denn dank mangelnder Sorgfaltspflicht tragen auch die EU und ihre Instanzen ein gerüttelt Maß an Schuld.

Aber die beiden anderen aktuellen EU-Krisenstaaten, Portugal und Irland, lamentieren bei ihrem jeweiligen Desaster weit weniger. Vor allem die Iren gehen ziemlich unsentimental zu Werke und befinden sich offenbar auf einem guten Weg. Die Milliarden-Kredite lösen produktive Initiativen aus. In Griechenland erscheinen sie eher wie ein Pflaster aus dem Erste-Hilfe-Paket.

Natürlich benötigt dieses Land dringend Geld, um den Staatsbankrott zu vermeiden. Aber daß es nicht so zu Buche schlägt wie in anderen EU-Staaten, ist ein griechisches Spezifikum. Denn das Land braucht nicht bloß Geld, sondern eine politische Kulturrevolution. Es ist ja nicht so, daß es in den vergangenen Jahren nicht reichlich Zuwendungen aus den EU-Töpfen erhalten hätte, aber sie sind fast nur konsumptiv, kaum produktiv ausgegeben worden. Politisch so zänkische wie nepotistisch-korrumpierte Eliten haben abgesahnt und ihr Geld lieber im Ausland angelegt, Stimmenkauf für staatliche Anstellung, eine Justiz, die man wegen ihrer Langsamkeit nicht fürchten muß, Steuern nach Gutdünken sich selbst bedienender lokaler Behörden – die Liste ließe sich leicht verlängern, und jeder, der einmal in Athen ahnungslos versucht haben sollte, vom Taxifahrer eine Quittung zu bekommen, weiß ein Lied von diesen Zuständen zu singen.

„Griechenland war“, so der Schriftsteller Petros Markaris, „Teil des Osmanischen Reiches. Es kannte nie ein Bürgertum, hat nie eine Aufklärung erlebt...Das Parlament verabschiedet Gesetze nicht, um sie umzusetzen, sondern um sich dahinter zu verstecken. Ich kenne kein anderes Land, in dem ein Minister sagt: 'Dieses Gesetz gilt nun wirklich für alle'...“¹ - Man könnte es um das ergänzen, was auch mir vor Jahren ein italienischer Kollege für die keineswegs unähnliche Mentalität seiner Landsleute als Erklärung anbot: daß es in den südeuropäischen (und balkanischen) Ländern nie eine Reformation gegeben habe, die wenigstens ein paar Spuren von protestantisch-kapitalistischem Geist hinterlassen hätte.

Nun ist in den bessergestellten EU-Ländern, vor allem in Deutschland, inzwischen reichlich Häme, Hohn und Spott über diese griechische Rückständigkeit ausgegossen worden; dabei sieht es in einigen Balkanstaaten kaum besser aus. Wie immer die Hilfszahlungen finanztechnisch organisiert werden, wie scheinheilig auch die Gläubigerbanken sich als reine Wohltäter zu inszenieren versuchen: es wird wohl schließlich eine Variante des ehemaligen - freilich nicht einfach wiederholbaren - Marshall-Plans herauskommen; rabiate Sparzwänge allein würden ja ohne eine Anschub-Finanzierung nur das bißchen verbleibende investive Potential strangulieren. Und da sich allen Ernstes griechische Beamte unfähig gezeigt haben, Anträge von und an Brüssel in korrekter Form zu bearbeiten, werden zeitweilig von der EU ernannte Treuhänder die Verwaltung wohl unterstützen müssen.

¹ Vg. „Süddeutsche Zeitung“. Interview mit Petros Markaris v. 2./3.2011

Vielleicht hat dieses Tohuwabohu aber doch noch ein Gutes: das griechische Wort κρισις bedeutet ja auch „Entscheidung“ oder „Wendepunkt“. Neben allen düsteren Orakeln für die Zukunft von EU und Euro lassen sich nun allmählich mehr und mehr Stimmen vernehmen, die darauf verweisen, daß diese Union nicht nur eine Freihandelszone, sondern auch ein politisches Projekt bildet; und beiher verbindet sich mit „Athen“ ungeachtet aller aktuellen Kalamitäten doch auch elementar europäisch- historische Symbolik.²

Kurzum: es gibt Probleme in einzelnen Mitgliedsländern der EU, aber der Anteil der drei aktuellen Krisenstaaten: Irland, Portugal und Griechenland am Gesamt-Brutto-Inlandsprodukt der EU beträgt gerade mal 6%. Selbst eine Pleite dieser Staaten würde nach Meinung von erfahrenen Experten allenfalls ein kurzfristiges Beben, aber kaum einen dauerhaften Zusammenbruch von Euro und EU auslösen. Ein vergleichender Blick auf das gigantische Haushalts- und Außenhandelsdefizit der USA mag, trotz verschiedener Rahmenbedingungen, ebenso dazu dienen, die europäischen Aufgeregtheiten ein wenig zu kalmieren.

Europäische Essentials

Athen, mit Jerusalem und Rom Ursprungsort Europas, steht in idealischer Weise für eine Polis mit ersten demokratischen Tendenzen; und selbst der Name „Europa“ kam, wie mythologisch auch immer, im alten Griechenland auf. Das heutige Europa teilt im Wesentlichen das, was man die „westlichen Werte“ zu nennen sich angewöhnt hat: demokratisch-parlamentarische Regierung, Rechtsstaat und Gewaltenteilung, Menschenrechte, Versammlungs-, Streik-, Meinungs- und Pressefreiheit, Schutz der Individual-Sphäre, Reise-, Handels- und Gewerbefreiheit usw.

In wenigstens einem Punkt freilich unterscheiden sich die Europäer in diesen unstrittigen rechtlichen Fundamenten vom transatlantischen großen Bruder USA: im Konzept der sozialen Marktwirtschaft, das sogar in Artikel 3 des Lissabon- Vertrags als Ziel formuliert worden ist. Vor etlichen Jahren schon konstatierte der Liberale Ralf Dahrendorf, daß die europäischen Parteien fast alle sozialdemokratische Positionen übernommen hätten.

Das ist, bei gewissen nationalen Unterschieden, im Wesentlichen der Sozialstaat. Er besagt grundsätzlich, daß der Staat berechtigt und verpflichtet wird, das gesellschaftliche Gesamtaufkommen durch Umverteilung so zu regulieren, daß individuelle Kontingenz-Risiken und soziale Benachteiligungen abgedeckt werden können. Dazu dienen ausgedehnte Regelungen, soziale Systeme beispielsweise für Krankheitsfälle, Alters-Vorsorge oder Arbeitslosigkeit; ebenso dazu gehören Subventionen für schwächelnde Marktteilnehmer. Das Ganze finanziert sich üblicherweise über

² Sinnigerweise imitiert die Architektur vieler Börsen- und Banken-Fassaden, auch die Wallstreet, das athenische Parthenon.

Steuerabschöpfung und gilt als Beispiel für einen Kompromiß von Kapital und Arbeit.

Inzwischen hat sich aber erwiesen, daß es sich dabei womöglich um ein konjunkturelles Schönwetter-Projekt handelt. Wie Skeptiker schon früher behaupteten und wie sich spätestens in der kapitalen Finanzmarktkrise vor zwei Jahren zeigte, bleibt die Beziehung von Kapital und Arbeit im Konfliktfall letztlich asymmetrisch: die Kosten des (privatwirtschaftlichen) Spekulationsdesasters wurden sozialisiert, sprich: über Steuergelder refinanziert. Es kommt aber noch hinzu, daß demographische Entwicklungen den bisherigen Modus der Steuerabschöpfung nicht mehr fortzusetzen erlauben. Als Folge haben sich auch die reicheren Staaten Europas immer tiefer verschuldet, sodaß inzwischen sogar eine um minimale Prozente verringerte Neuverschuldung des jeweiligen Haushalts schon als Erfolg verkündet wird. Die Dominanz der Finanzmärkte und des Kapitals schränken auch den politischen Handlungsspielraum immer mehr ein.

Zugleich steigt in einigen Staaten vor allem die Jugend-Arbeitslosigkeit in verheerendem Ausmaß: zum Beispiel in Spanien und Griechenland auf über 40 %, auch in Italien auf 30 %. Dadurch geraten die Regierungen unter Druck, und da bietet sich natürlich „Brüssel“ und damit Europa als Sündenbock an. Ob das geglaubt wird oder nicht, bleibt fast nebensächlich gegenüber dem Anschein, daß die sozialen Versprechen, die sich mit einer Europäischen Union auch einmal verbanden, in Mißkredit geraten sind.

Und ganz falsch ist der Eindruck ja auch nicht, daß der EU weniger an sozialem Ausgleich als vorrangig an Wirtschafts- und Wettbewerbs-Effekten liegt. Trotz durchaus prekärer Erfahrungen aus der Phase neoliberaler Deregulierungen wartet Brüssel offenbar ungerührt mit immer weiteren Privatisierungsvorschlägen auf. Was so schon in der reinen Lehre längst nicht mehr als der Weisheit letzter Schluß gilt, verdrießt und verunsichert die Bürger als Verbraucher noch viel mehr.

Europa-Patriotismus

Das Problem des Wohlstandsgefälles zwischen den inzwischen 27, vermutlich bald 28 (Kroatien) europäischen Staaten ist ungelöst und gewiß eine der Ursachen für den wachsenden Mißmut vieler EU-Angehöriger. Nicht, daß die Verhältnisse in allen Ländern zwanghaft angeglichen werden sollten; zur innereuropäischen Vielfalt gehören nicht nur kulturelle, sprachliche oder historische Differenzen, sondern auch unterschiedliche ökonomische Traditionen, etwa der französische Etatismus oder die liberalere britische oder deutsche Praxis. Aber gemeinsam bleibt eine im Vergleich zur angloamerikanischen Auffassung engere Verkoppelung von politischer Demokratie und Sozialstaat. Auch wenn also das Wohlstands-Niveau der einzelnen EU-Länder auf lange Sicht unterschiedlich bleiben wird, so darf doch das Gefälle nicht zur Entsolidarisierung und zur Quasi-Exklusion der schwächeren Länder führen

Aber jener wachsende Mißmut geht keineswegs allein auf solche soziale Ungleichheiten zurück. Daß europäische Mitglieder der ersten Stunde wie Franzosen und Holländer die erste Version des Lissabon-Vertrags per Referendum ablehnten, hatte wohl andere Gründe. Die eilige Erklärung damals, daß die Bürger damit ihren nationalen Regierungen einen Denkkzettel verpassen wollten, greift sicher zu kurz. Viel wahrscheinlicher ist, daß außer ein paar Profis niemand diesen viel zu voluminösen Vertrag gelesen oder verstanden hatte. Auch die nachgebesserte Version ging dann ja nur mit Ach und Krach durch die Instanzen; vermutlich vor allem deshalb, weil man andernfalls das gesamte Projekt Europa riskiert hätte.

Jedem halbwegs Einsichtigen sind ja die vielen Vorzüge dieses Projekts klar: angefangen von der einmalig langen Friedensperiode zwischen den früher so bellizistischen Nationalstaaten über den im weltweiten Vergleich hohen Wohlstand bis hin zu der Möglichkeit, vom Nordkap bis nach Andalusien und Griechenland ohne Paßkontrolle zu reisen und überall mit dem gleichen Geld bezahlen zu können. Man braucht auch kein professioneller Politökonom zu sein, um zu erkennen, daß traditionelle europäische Einzelstaaten im Konzert der globalen Mächte nicht einmal mehr die zweite Geige spielen könnten.³ Desgleichen setzt die EU hohe Standards von Demokratie und Recht, die Minderheiten schützen und in politischer Moral unterentwickelten neuen Mitgliedsstaaten einschlägige Reformen abverlangen.

Wäre das nicht auch im kollektiven europäischen Unterbewußtsein verankert, hätte sich angesichts der vielen Krisen und Zumutungen eine EU wohl gar nicht erst konstituieren können. Aber gleichwohl: schaut man auf den Enthusiasmus der frühen Anfänge und die Dynamik Europas bis etwa zum Vertrag von Maastricht (1992), so scheint allmählich immer mehr Bürger die Frage zu bewegen, warum sie Europa immer noch weiter wollen sollen. Kann es nicht sein, daß allmählich ein Zenit erreicht ist, daß der Mohr seine Schuldigkeit getan hat und nun wieder die Vorteile einer Renationalisierung in den Blick geraten? Oder ist dieses Europa nach den bisweilen wohl auch unbedachten Erweiterungen nach 1989 nicht völlig überkomplex geworden? Mitunter heißt es auch, Europa bestehe als Projekt einer politischen, ökonomischen oder intellektuellen Elite, als eine Kopfgeburt, die nie wirklich zur populären Herzenssache avanciert sei.

Dafür bietet sich ein Vergleich an. Vor einigen Jahren hat Jürgen Habermas das schon früher von Dolf Sternberger geprägte Wort vom „Verfassungspatriotismus“ aufgegriffen. Es sollte unter anderem dazu dienen, unterschiedliche Formen der Identifikation von Bürgern mit ihrer Nation zu beschreiben. Auch nicht-chauvinistische Franzosen hören die Marseillaise und sehen die Tricolore durchaus mit Sentiment, das gilt analog für Engländer, Polen oder US-Amerikaner und viele andere auch. In Deutschland tat oder tut man sich mit solchen patriotischen Empfindungen aus bekannten Gründen schwerer; daraus ist dann der Vorschlag mit „Verfassungspatriotismus“ hervorgegangen.

³ Um 1900 betrug der Anteil Europas an der Weltbevölkerung etwa 25%; heute sind es 12%; Prognose für 2050: ca.5%.

Nun hat sich das deutsche Grundgesetz ja als eine sehr gute Verfassung bewährt, aber es bleibt ein Gesetz, für das man zwar gute rationale Argumente anführen kann, aus denen sich aber per se noch keine affektive Überzeugung zu ergeben pflegt. Es ähnelt ein wenig der Kantischen Unterscheidung von Legalität und Moralität: ob ich aus Gehorsam oder Überzeugung handle. Es muß der Legalität noch eine vor-rechtliche Motivlage vorausgehen, aus der sich die Legalität erst wirksam legitimieren kann.

Übertragen auf Europa hieße das: man kann rational die Vorzüge der europäischen Einigung gut begründen, aber offenbar ist es nicht gelungen, den Enthusiasmus der Gründerjahre über die Zeit zu erhalten und weiter zu entwickeln. Vielleicht teilt er das Schicksal vieler Emanzipationsprozesse, deren Elan durch Verrechtlichung und Überregulierung zum Erliegen gekommen ist. Das würde jedenfalls die relativ schwache Popularität der EU ebenso erklären wie die Tatsache, daß vorwiegend politische und intellektuelle Eliten sich vehement für das europäische Projekt einsetzen.

Die alteuropäische Vorgeschichte

Als Charles de Gaulle und Konrad Adenauer in der Kathedrale von Reims mit einer Umarmung die deutsch-französische Aussöhnung besiegelten, schien dort ein Hauch von karolingischem Geist zu wehen. Die beiden katholischen alten Herren, schon gar de Gaulle mit seinem Faible fürs historische Pathos, hätten das vielleicht auch gar nicht abgewiesen. Und Europa-Freunde weisen auch gern darauf hin, daß die Epoche der Nationalstaaten vergleichsweise kurz gewesen sei, wenn man das alte Europa von hellenistischen Zeiten über das Imperium Romanum und das fränkische Reich bis zum christlichen Mittelalter ins Auge nimmt.

Es hat damals natürlich ein - angesichts der wenig komfortablen Reisebedingungen - erstaunlicher Verkehr zwischen den Klöstern und frühen Universitäten, zwischen Handelszentren und feudalen Herrschaften stattgefunden, von zahlreichen Kriegszügen und Eroberungen ganz abgesehen. Sie spielten sich zwar weitgehend auf dem Terrain des heutigen Europas ab; allein: der Begriff Europa spielte, wenn überhaupt, dabei höchstens eine geographische Rolle.

Weder die antiken Griechen noch der Hellenismus hatten eine Vorstellung von Europa, das ihnen allenfalls zur Unterscheidung von den Barbaren diente; das Imperium Romanum sah sich als *orbis terrarum*, und auch das christliche Mittelalter verstand sich als universale Welt. Ja, noch weiter: nicht das christliche Abendland, sondern erst sein Zerfall nach dem Dreißigjährigen Krieg und den Umwälzungen der frühen Neuzeit, besonders der Entdeckung fremder Kontinente, führte schließlich zur Ausbildung eines Begriffs von Europa, der sich dann im Selbstverständnis der verschiedenen Völker befestigte und dem heutigen Verständnis vorausging.⁴

⁴ So etwa bei O. Asbach, Europa – Vom Mythos zur Imagined Community? Zur historischen Semantik „Europas“ von der Antike bis ins 17. Jahrhundert, Hannover 2011. – Anders: C. Leggewie / A.-K. Lang, Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt. München 2011.

Aber das heißt bekanntlich und leider nicht, daß in den 350 Jahren nach dem Westfälischen Frieden Europa etwa das entscheidende Identitätskriterium für die Nationen geworden wäre. Nicht nur die unentwegten und schließlich ruinösen Kriege untereinander demonstrieren das, die imperiale Kolonialisierung, wie sie von europäischen Mächten betrieben wurde, manifestiert zudem ein hochmütiges Selbstverständnis, eine Melange aus politischer Eroberung, ökonomisch- ausbeuterischem Interesse und kulturell-moralischem Überlegenheitsgefühl. Die historische Evolution schien geschichtsphilosophisch geradewegs auf die bürgerliche Gesellschaft und den *state of civil society* zuzulaufen. Und es bleibt ja auch wahr, daß, ungeachtet aller kolonialer Verheerungen, bis ins 20. Jahrhundert hinein die maßgeblichen Fortschritte in Wissenschaft, Technik, Wirtschaft, Politik und Recht allesamt aus Europa stammten. Kultursoziologen haben sich den Kopf darüber zerbrochen, warum alte Hochkulturen wie Indien oder China oder auch die islamische Welt den Anschluß so weit verlieren konnten.

Inzwischen haben sich die globalen Proportionen ersichtlich verschoben. Das begann damit, daß am Ende des Ersten Weltkriegs erst das militärische Eingreifen der USA über den Ausgang entschied; der perverse Zwergenaufstand der NS-Großreichs-Ideologie gab dem alten Europa den Rest. Während das moralisch und politisch diskreditierte und faktisch ruinierte Deutschland 1945 am Boden lag und eigentlich nichts mehr zu verlieren hatte, taten sich bisherige Kolonialmächte wie etwa Großbritannien oder Frankreich erheblich schwerer mit dem allmählichen Verlust ihres Weltmacht-Status. Diese Kränkung des nationalen Narzißmus haben die französischen Regierungen, etwa nach den Verlusten von Indochina und Algerien, ins Pro-Europäische transformiert; während „Britannia rules the waves“ im Commonwealth vor allem nostalgisch fortlebt und zu „Europa“ ein eher reserviertes Verhältnis bevorzugt.

Doch wie auch immer: weder das christliche Abendland noch die verschiedenen Reiche und Imperien der europäischen (Vor-)Geschichte nötigen zu einem modernen Konzept von Europa wie es die EU repräsentieren will oder soll. Wenn man schon nach historischen Vorläufern sucht, dann am ehesten dort, wo das Natur- und Völkerrecht der Aufklärung die Staaten in internationale Regelungen einzubinden versuchte oder, etwa bei Kant, in der Idee einer „allgemein das Recht verwaltenden bürgerlichen Gesellschaft“...und eines „gesetzmäßig äußeren Staatenverhältnisses“ als eines weltbürgerlichen Zustandes. Aber auch das zielt nicht dezidiert auf ein vereintes Europa, sondern eher auf eine Art Völkerbund, eine Weltrepublik, wie sie auf ziemlich mißratene Weise dennoch in der UNO Gestalt anzunehmen versucht hat.

Gründungsmythen

Abendländische oder karolingische Reminiszenzen hin oder her: die erste europäische Gemeinschaft formierte sich als Montan-Union zwischen Frankreich und Deutschland, rasch erweitert zu einem einem größeren Bündnis mit den Benelux-Staaten und Italien (1950/51); fünf Jahre später

konstituierte sich in den Römischen Verträgen die EWG als europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit dem gemeinsamen Markt.

Die Motive für die vor allem von Robert Schuman und Jean Monnet vorangetriebene Montan-Union waren nämlich keineswegs nur so idealistisch wie es Europa-Enthusiasten damals und bisweilen auch heute noch gern sähen. Daß man Kohle- und Stahlindustrie (und nicht etwa Landwirtschaft oder Textilherstellung) unter gemeinsame Verwaltung stellte, bedeutete auch, daß eine schon bald wieder erstarkende deutsche Wirtschaft nicht abermals die Basis für eine nationale Rüstungsproduktion bilden konnte. Natürlich bot man damit aber auch dem nach dem Krieg ruinierten und geächteten Deutschland die Chance, allmählich wieder in den Kreis respektierter Nationen zurückzukehren.

Freilich galt das eher für das westliche Deutschland. Schon Churchill hatte bald nach 1945 den Begriff des *iron curtain* zwischen West und Ost erfunden und als Reaktion darauf in seiner berühmten Zürcher Rede 1947 so etwas wie eine europäische Einigung empfohlen.⁵ Strategische Überlegungen dieser Art spielten ebenso für die Franzosen eine zentrale Rolle. Lange Zeit galt ja auch noch die Bundesrepublik als Pufferstaat und Glacis für den Fall einer militärischen Ost-West-Auseinandersetzung.

Das mindert nun in keiner Weise die aufrichtigen Motive der damaligen Akteure und natürlich auch nicht die Vorzüge der folgenden Entwicklungen. Offenbar gab es in diesen frühen Zeiten jedoch schon eine Kontroverse über ein Thema, das die EU noch heute beschäftigt: das Zusammenspiel der damals 6, heute 27 Nationalstaaten mit einer Vision der „Vereinigten Staaten von Europa“. Vor allem Jean Monnet hat sich mit seiner Methode einer Vereinigungspolitik der kleinen Schritte gegen den revolutionärer Enthusiasmus des Italieners Altiero Spinelli durchsetzen können.⁶ Gleichwohl waren sich beide darin einig, daß die Ära des rivalisierenden und argwöhnischen Gegeneinanders der Nationalstaaten, Ursache für die Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts, beendet werden müsse: „Was wir wollen, ist eine Revolution...die wir [aber] mit legalen Mitteln und mit Staatsmännern erreichen müssen, denen es an Energie und emotionalem Engagement fehlt“.⁷

Geduld sei die Tugend des Revolutionärs, soll Lenin gesagt haben. Man wird jedenfalls dem skeptischen Vorbehalt Monnets aktuelle Bedeutung nicht absprechen können; er eignet sich aber auch dazu, momentane Krisen des ja unbestreitbar erfolgreichen und anderswo häufig beneideten Projekts „Europa“ nicht unnötig zu dramatisieren: es war ein ewiges Hin und Her, Europa sei wie ein Fahrrad, das ohne dauernde Bewegung nur umfallen würde, lautet ein beliebter Kalauer.

⁵ Allerdings bezog Churchill das auf das westliche Kontinentaleuropa, nicht etwa auch auf Großbritannien, das bis heute seine ebenso traditionale wie insulare Idiosynkrasie in einer Position der Halb-Distanz kultiviert.

⁶ Vgl. dazu M. Winter, Kleine Schritte für einen großen Traum, in: Süddeutsche Zeitung v. 21./22. 5. 2011. Dazu u.a. auch R. Burger, Kontinentalverschmelzung? Die europäische Frage und die Zukunft der EU, in: Merkur 647 (2003, H.3), S.192.

⁷ Zit. n. Winter, a.a.O.

Die alte Frage, ob sich Europa nun als Bundesstaat, als Staatenbund oder nach dem Modell der USA konstituieren solle, wird kaum noch gestellt; nicht, weil sie erledigt wäre, sondern weil andauernd jeweils neue aktuelle Probleme die Agenda bestimmen. Deren Regelung läßt für solche Grundsatzfragen kaum noch Zeit, obwohl nicht wenige jener praktischen Probleme gerade damit zusammenhängen, daß niemand sagen kann, wohin sich die europäische Einigung denn nun eigentlich bewegen soll. Das führt zu dem fatalen Zustand, daß heute ein politisch-wirtschaftlicher Koloss von über 500 Millionen Einwohnern vor allem auf internationalem Feld kaum handlungsfähig erscheint, wie sich zuletzt am Beispiel der arabischen Rebellionen in Nordafrika und Nahost oder in anderen Regionen zeigte, wo sich gerade den Europäern Einfluß und Handlungsspielräume eröffnen könnten.

Das Modell des US-Bundesstaates kommt für Europa schon deshalb nicht in Frage, weil hier die internen (aber eben auch reichhaltigen) Unterschiede in Sprache, Geschichte und Kultur viel größer sind. Allein der Übersetzungsservice in Brüssel und Straßburg verschlingt gewaltige Summen und Ressourcen. Nicht nur das gehört zu jenen Praktiken, die Verdrießliche heute von einem Club der 27 Egoisten sprechen lassen; davon ist, notabene, auch das deutsch-französische Verhältnis mit allerhand subkutanen Rivalitäten keineswegs frei. Zugleich muß man freilich anerkennen, daß auf die deutsche Nazi-Vergangenheit bezogene Vorbehalte, Ressentiments und Sorgen vor einem „Vierten Reich“ nach 1989 in West und Ost kaum noch eine Rolle spielen; und das, obwohl kein Land von der europäischen Einigung so profitiert wie Deutschland.

Das demokratische Defizit

Wenn wie jetzt beispielsweise Milliardensummen als Unterstützungsgelder oder Rettungsschirm locker gemacht werden, um die schwächelnden Krisenländer vor der Pleite zu retten, fällen die jeweiligen nationalen Regierungen in irgendeiner losen Form, ggf. mit der EU-Kommission oder im Rat die Entscheidung. Es handelt sich dabei um Summen, die, wenn sie denn tatsächlich nicht nur garantiert und verbürgt, sondern bar gezahlt werden müßten, jeden nationalen Haushalt nahe an die Bestandsgrenze führen würden. Es gibt dennoch gute Gründe, für den Zusammenhalt der EU und den Wert des Euro notfalls auch Risiken auf sich zu nehmen; die Folgen einer Verweigerung wären weit gravierender

Fatal daran ist jedoch die Tatsache, daß auf diese Weise das Recht der Parlamente, über den staatlichen Haushalt zu entscheiden, ausgehebelt wird. „Die Regierungschefs haben sich darauf festgelegt, jeweils im eigenen Land einen Katalog von Maßnahmen...umzusetzen, die eigentlich Sache der nationalen Parlamente ... waren.“⁸ Die rechtliche Unverbindlichkeit dieser intergouvernementalen Vorverständigung erzeugt eine Grauzone, in der offenbar die eigentlich berufenen Gremien längst getroffene Entscheidungen nur noch abnicken sollen. „Dieser Verdacht muß jede demokratische

⁸ J. Habermas, Ein Pakt für oder gegen Europa?, in: Süddeutsche Zeitung v.7.4.2011.

Glaubwürdigkeit zerfressen...Solange die europäischen Bürger allein ihre nationalen Regierungen als Handelnde auf der europäischen Bühne im Blick haben, nehmen sie die Entscheidungsprozesse als Nullsummenspiele wahr, in denen sich die eigenen Akteure gegen die anderen durchsetzen müssen.“⁹

Daraus leitet sich als beliebte Sportart das Brüssel-bashing ab: die Brüsseler Behörde erscheint als Inkarnation abgehoben-elitärer Eurokratie, die Re-Nationalisierung dagegen als aufgehobene Entfremdung.¹⁰ Diese Verschiebung kaschiert freilich, daß den Regierungen wenig daran liegt, den nationalen Horizont zu übersteigen und den eigenen Bürgern einen Durchblick auf die transnationalen Prozesse zu öffnen. Die Medien spielen dabei oft auf ungute Weise mit, indem sie immer noch die Selbstinszenierungen nationaler Politik fördern.

Das verweist auf ein allgemeines politisches Defizit, das man als Verwechslung von Demokratie mit Demoskopie bezeichnen könnte. Noch einmal Habermas: „Freilich scheint Politik heute allgemein in einen Aggregatzustand, der sich durch Verzicht auf Perspektive und Gestaltungswillen auszeichnet, überzugehen...Die Bürger spüren, daß ihnen eine normativ entkernte Politik etwas vorenthält.“¹¹ Eine Regierung muß natürlich an Machterhalt und Wiederwahl interessiert sein, aber das ist nicht gleichbedeutend mit opportunistischer Abbildung von Stimmungen. Das wäre jene „Postdemokratie“, in der zwar formell Wahlen und ähnliche Prozeduren beibehalten werden: „Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“¹²

Pointiert. Wenn die Bürger der EU-Länder sich heute immer öfter fragen, ob das Projekt „Europa“ überhaupt noch eine Perspektive und nicht primär Belastungen biete, so müßte man diese Frage eher an die jeweiligen nationalen Regierungen zurückgeben, an den politischen Narzißmus von 27 nationalen Egoisten. Anders als in den enthusiastischeren Jahren verschwindet die Idee und der Sinn einer europäischen Gemeinschaft hinter der Absicht, die jeweils eigene Souveränität als gemeinsame den anderen Mitgliedern aufzupropfen. Das wiederum soll vor der eigenen Wählerschaft jene Stärke demonstrieren, die angesichts der Dominanz internationaler Finanz- und Bankenmacht sowie ungelöster Probleme des Sozialstaats und der horrenden allgemeinen Staatsverschuldung längst unglaubwürdig geworden ist.

Kleiner Epilog zur Empörung

⁹ A.a.O.

¹⁰ Vgl. dazu auch die süffisant-ironische Darstellung des Einheits- als Vereinheitlichungsdrangs der EU bei H.M. Enzensberger, *Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas*, Berlin 2011. – Zum bürokratischen Monster: Experten haben ausgerechnet, daß die Stadtverwaltung Köln insgesamt mehr Personal als die Brüsseler Behörde beschäftigt.

¹¹ Habermas, a.a.O.

¹² C. Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt/M. 2008, 10.

Die so planlose wie undurchschaubare Betriebsamkeit der europolitischen Institutionen und Akteure verbindet sich mit der nicht minder undurchschauten globalisierten Macht der Finanzmärkte. Man sollte sich deshalb nicht so sehr über Europa-Müdigkeit wundern, sondern eher darüber, daß nach der letzten Umfrage der EU-Kommission (freilich von 2010) kaum mehr als 18% der Bevölkerung ernsthaft den Austritt ihres Landes aus der Union befürworten; und auch im Straßburger Parlament hält sich die Quote der dezidierten Euroskeptiker mit maximal 15% in engen Grenzen.¹³ Ob die versuchsweise wieder aufgenommenen Grenzkontrollen von Dänemark einen breiteren Trend zur Re-nationalisierung ankündigen, erscheint zweifelhaft; der entsprechende Anlauf, den zuvor kurzfristig Berlusconi Italien mit Frankreich genommen hatte, hat sich rasch wieder erledigt.

Es hat sich freilich eine andere Form der Skepsis und der Empörung zu etablieren begonnen. Sie fragt radikaler, „ob ein europäisch standardisiertes, gesundes, sauberes und kostengünstiges Leben, wie es die Politik so emsig fabrizieren will, sich überhaupt zu leben lohnt“.¹⁴ In Deutschland beispielsweise steht das im Kontext von „Stuttgart 21“, wo inzwischen die faktische Bahnhofsfrage unwichtiger geworden ist als der Bürger-Aufstand gegen pseudo- demokratische Bevormundung; aber auch in Frankreich und in Spanien, wo in Madrid an der Puerta del Sol sich ein ebenso empörter wie in der Form friedlicher Widerstand wochenlang manifestierte – inspiriert nicht nur von den politischen und ökonomischen Zumutungen, sondern auch von der „Arabellion“ in Nordafrika und Nahost, und nicht zuletzt von dem unverhofft zu einem kleinen Manifest avancierten Essay „Indignez-vous!“ von Stéphane Hessel.

Der hat jetzt mit „Engagez-vous!“ allerdings einen Interview-Text nachgeschoben. Und das ist auch gut so, weil wutbürgerliche bloße Empörung in unbestimmter Negation stehen bleibt, oder um es mit den Worten des hier zu ehrenden Autors zu formulieren: „Empörung gegen das, was so, wie es ist, nicht befriedigen kann, Empörung gegen das verhaltene, sich der skeptischen Selbstkritik immer neu aussetzende Ja ist religionsphilosophisch der Ausweis äußerster intellektueller Redlichkeit ... Als permanentes unvermitteltes Empörtsein wäre freilich ‚Empörung‘ selbst ein Rückfall in irrationale Unmittelbarkeit“¹⁵

¹³ Vgl. N. Busse, Neues Europa-Bild, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v.24.6.2011.

¹⁴ So R. Pfaller, in: Ch. Menke / J. Rebetisch (Hg), Kreation und Depression. Freiheit im gegenwärtigen Kapitalismus. Berlin 2011.

¹⁵ H. R. Schlette, Skeptische Religionsphilosophie. Zur Kritik der Pietät, Freiburg 1972, 150 f.